

Bayerischer Landtag

2. Legislaturperiode

Tagung 1950/51

Beilage 917

Kurze Anfrage Nr. 40

Betreff:

Auszahlung der vollen Witwenpensionen

Trotz des Beschlusses des Ausschusses für Besoldungsfragen des Bayer. Landtags, eine Eingabe der Interessengemeinschaft der bayerischen Beamtenwitwen um sofortige Auszahlung der vollen Witwenpensionen der Staatsregierung zur Berücksichtigung hinüberzugeben, ist von seiten der Staatsregierung dies bisher versäumt worden. Ich frage an, ob diese Mißachtung des Willens des Parlaments vom Herrn Staatsminister der Finanzen gedeckt wird. In dem Falle, daß der Herr Minister den Willen des Parlamentes höher stellt als die Methoden seiner Bürokratie, frage ich, durch welche Bestrafungen der Herr Minister die Beamten zur Rechenschaft gezogen hat oder zu ziehen gedenkt, die im Gegensatz zur bekannten unbürokratischen Einstellung des Herrn Finanzministers Dr. Zorn durch derartige Maßnahmen das Ansehen der Demokratie und den Glauben an den Rechtsstaat unterminieren.

D a c h a u, den 16. Juni 1951

Junker (CSU)

Beilage 918

Kurze Anfrage Nr. 41

Betreff:

Brennstoffversorgung

In einer Entschließung des Bundesministeriums für Wirtschaft heißt es:

„Die den Verbrauchern ausgehändigten Kohlenausweise begründen keinen in der Menge und Art festgelegten Bezugsanspruch, sondern dienen vornehmlich zur Ermittlung der Bezugsmengen der einzelnen Wiederverkäufer für das Wirtschaftsjahr 1951/52.“

Außerdem bringen die Zeitungen Äußerungen maßgebender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, aus denen unzweideutig zu entnehmen ist, daß die Kohlenkrise des vergangenen Winters in diesem Jahre zu einer Katastrophe werden kann. Noch kritischer und hoffnungsloser scheint die Brennholzfrage zu sein — heute wird für den Ster Holz bis zu DM 43.— bezahlt —. Nur am Rande sei bemerkt, daß sowohl Kohle als auch Brennholz zu doppelten Preisen in Mengen zu bekommen sind.

1. Ich frage, was hat die Staatsregierung getan, diesen Vorgängen zu steuern?
2. Was gedenkt die Staatsregierung noch zu unternehmen, um Kohle und Holz zu Heizungs- und Wirtschaftszwecken für das Wirtschaftsjahr 1951/52 ehestens sicherzustellen?

3. Ist die Staatsregierung bereit, dem Landtag nach den Parlamentsferien neuerlich über den Stand dieser Angelegenheit eingehendst zu berichten?

M ü n c h e n, den 19. Juni 1951

Thellmann-Bidner (DG)

Beilage 919

Kurze Anfrage Nr. 42

Betreff:

Betäubungsloses Schlachten von Tieren

Nach Zuschriften aus den verschiedensten Bevölkerungskreisen und eigener Beobachtung erregt das betäubungslose Schlachten — sog. Schächten — von Tieren in den bayerischen Schlachthöfen in steigendem Maße Ärgernis.

So hat sich auch der Münchner Stadtrat in seiner letzten Sitzung in einer längeren, sehr lebhaften Aussprache damit beschäftigt und beschlossen, beim Landtag vorzusprechen und für den Münchner Schlachthof das Verbot des Schächtens zu erwirken.

Ich gestatte mir, folgende Anfrage zu stellen:

1. Ist die Staatsregierung von dem wachsenden Unwillen und dem Ärgernis weiter Bevölkerungskreise gegen das betäubungslose Schlachten unterrichtet und gedenkt sie etwas dagegen zu tun?
2. Besteht die Möglichkeit, das Schächten ohne vorherige Aufhebung der VO. vom Jahre 1946, die das betäubungslose Schlachten gestattet, zu untersagen?

M ü n c h e n, den 21. Juni 1951

Weggartner (BP)

Beilage 920

Dringlichkeitsantrag

Betreff:

Anerkennung der im freiwilligen Arbeitsdienst abgeleisteten Dienstzeit als Vordienstzeit

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, im Bundesrat bei den Besprechungen über die Durchführungsbestimmungen zum Gesetz zu Art. 131 GG dahin zu wirken, daß die im freiwilligen Arbeitsdienst allgemein geleistete Dienstzeit als Vordienstzeit für den Reichsarbeitsdienst anerkannt wird.

M ü n c h e n, den 20. Juni 1951

Dr. Rass
und Fraktion (BP)

Mittich
und Fraktion (BHE)

Hausfleiter
und Fraktion (DG)

Donsberger, Euerl, Dr. Fischer, Stegerer, Strenkert
(sämtliche CSU)